

Mündliche Anfragen

zur 19. Fragestunde

in der 72. Plenarsitzung vom 20. Juli 2023

1. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 28.6.2023

Förderprogramm „Coaching-Programm Personalentwicklung und Weiterbildungsberatung“

- a) Warum sieht das Förderprogramm „Personalentwicklung und Weiterbildungsberatung“ keine Förderung für Soloselbstständige sowie für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) vor, die nach dem 31. Dezember 2021 gegründet wurden?
- b) Plant die Landesregierung für Soloselbstständige und KMUs, die nach dem 31. Dezember 2021 gegründet wurden, ein weiteres Förderprogramm zur Personalentwicklung und Weiterbildungsberatung?

2. Anfrage des Abg.
Ruben Rupp AfD

Eingang: 3.7.2023

Haltung der Landesregierung zu Linksterrorismus

- a) Teilt die Landesregierung mit dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann an der Spitze die auf Twitter veröffentlichten Äußerungen des Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend, Timon Dzienus, welcher u. a. mit „Free Lina“ zur Solidarität mit der verurteilten Linksterroristin Lina E. aufrief, die als Rädelsführerin der Hammerbande auch einen Überfall koordiniert hat, bei dem versucht wurde, mit einem Hammer einem politisch andersdenkenden Opfer den Schädel zu zertrümmern?
- b) Ist nach Einschätzung der Landesregierung die von der Organisation der Grünen Jugend und deren Unterorganisation Grüne Jugend Baden-Württemberg unwidersprochene Solidarisierung von deren Bundesvorsitzendem mit Linksterrorismus nicht zwangsläufig ein Fall für den Verfassungsschutz?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 3.7.2023

Erneute Verzögerungen beim Neubau der Herrenwaagbrücke in Mühlacker – Szenarien und Lösungen hinsichtlich des weiteren Bauablaufs

- a) Aus welchen Gründen hat das Regierungspräsidium Karlsruhe nicht frühzeitig in den Bauablauf beim Neubau der Herrenwaagbrücke in Mühlacker eingegriffen und gegenüber dem beauftragten Bauunternehmen deutlich gemacht, dass die mehrfach erfolgten Verschiebungen des Fertigstellungstermins – aktuell auf November 2023 verschoben – angesichts der starken Verkehrseinschränkungen nicht tolerierbar sind?
- b) Welche Szenarien und Lösungen spielt das Regierungspräsidium Karlsruhe hinsichtlich des weiteren Bauablaufs durch, insbesondere mit Blick auf eventuell noch auftretende Probleme, die zügige Aufhebung von Verkehrseinschränkungen sowie die Einhaltung des aktuell angekündigten Fertigstellungstermins?

4. Anfrage des Abg.
Alfred Bamberger AfD

Eingang: 3.7.2023

Bundeshilfen für Geflüchtete in Pforzheim – Verteilungsschlüssel für 90 Millionen €

- a) Warum wurde für die Verteilung der Bundeshilfen für Geflüchtete von 90 Millionen € auf die Kommunen ein Verteilungsschlüssel nach dem rein rechnerischen Verhältnis der Einwohnerzahlen gewählt, der Kommunen wie Pforzheim mit tatsächlich viel mehr Geflüchteten benachteiligt, und nicht der bereits früher verwendete Schlüssel, der diese Unterschiede besser berücksichtigt?
- b) Wird sich die Landesregierung für einen Verteilungsschlüssel einsetzen, der die tatsächlichen Verhältnisse stark belasteter Kommunen wie Pforzheim berücksichtigt, und wenn nicht, warum nicht?

5. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 4.7.2023

Förderprogramm „Coaching zur Neuausrichtung von Geschäftsmodellen für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeiter/-innen (REACT-EU)“

- a) Plant die Landesregierung die Wiederauflage dieses Förderprogramms im Jahr 2023?
- b) Plant sie alternative Förderprogramme hierzu, falls keine Wiederauflage vorgesehen ist?

6. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 6.7.2023

Konträre Bewertungen von Motorradlärmdisplays zwischen dem Verkehrsministerium und dem Landratsamt des Enzkreises

- a) Woraus bestehen die nach Angaben der Homepage des Verkehrsministeriums durchweg positiven Erfahrungen und Rückmeldungen zum Einsatz von Motorradlärmdisplays konkret (z. B. Lärmmessungen, Erfahrungsberichte, Anwohnerbefragungen etc.)?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die konträre Bewertung der Lärmdisplays durch das Landratsamt des Enzkreises – „Kosten und Nutzen stünden in keinem Verhältnis“ („Pforzheimer Zeitung“, 28. Juni 2023) –, insbesondere auch mit Blick auf die Fragen der bisher praktizierten Anwendung des Geräts durch den Enzkreis und der ebenfalls bemängelten Reparaturbedürftigkeit?

7. Anfrage des Abg.
Gernot Gruber SPD
- Eingang: 10.7.2023
- Anteil von im Land erzeugten erneuerbaren Energien am Stromverbrauch im Land**
- a) Wie hat sich der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch im Jahr 2022 im Land entwickelt?
- b) Wie hat sich der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch im Land im ersten Halbjahr 2023 entwickelt?
8. Anfrage des Abg.
Thomas Dörflinger CDU
- Eingang: 13.7.2023
- Genehmigungsbeschleunigungsgesetz des Bundes – Auswirkungen auf den Ersatzneubau der B-30-Brückenbauwerke bei Hochdorf**
- a) Welche zusätzlichen Spielräume ergeben sich durch die geplanten Planungsbeschleunigungen des Bundes für die Planung und Umsetzung des Ersatzneubaus der B-30-Brückenbauwerke bei Hochdorf?
- b) Bei welchen Konstellationen kann dabei konkret auf ein Planfeststellungsverfahren verzichtet werden?
9. Anfrage des Abg.
Stephen Brauer FDP/DVP
- Eingang: 14.7.2023
- Finanzielle Unterstützung der Stadt Weikersheim bei der Sanierung des Hallenbads**
- a) Welche konkrete Bedeutung misst die Landesregierung – im Hinblick auf die kontinuierlich ansteigende Zahl von Nichtschwimmern sowie die Nutzung für den Schwimmunterricht, auch durch Schulen anderer Gemeinden – einem Weiterbetrieb des Weikersheimer Hallenbads bei?
- b) Welche Möglichkeiten einer finanziellen Förderung seitens des Landes bestehen, um die dringend notwendige Sanierung des dortigen Hallenbads zu erreichen?
10. Anfrage des Abg.
Jonas Hoffmann SPD
- Eingang: 14.7.2023
- Wohnraumförderung**
- a) Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung und welche zieht sie in Betracht, um zusätzlich zu bestehenden Programmen angesichts der seit Mai belegten Mittel in der Wohnraumförderung einen Baustopp im Bereich des bezahlbaren Wohnraums in Baden-Württemberg zu verhindern?
- b) Ist vonseiten der Landesregierung die Bereitschaft vorhanden, einen Rettungsschirm für bereits in Planung befindliche Projekte zu spannen, um mit zusätzlichen Mitteln solchen Projekten unter der Bedingung, dass durch diese zu einem Mindestanteil geförderte Wohnungen geschaffen werden, zur Fertigstellung zu verhelfen?